



USD pro Feinunze Gold



USD pro Feinunze Silber



EURUSD



Quelle: Refinitiv; Graphiken Degussa.

Edelmetallpreise				
	Aktuell	Veränderungen gegenüber (in Prozent):		
	(Spot)	2 W	3 M	12 M
I. In US-Dollar				
Gold	1774.7	0.4	-2.1	-0.1
Silber	23.6	1.2	-7.3	4.3
Platin	1043.8	-1.0	-1.2	8.2
Palladium	2044.4	-1.4	-23.6	-13.8
II. In Euro				
Gold	1535.8	0.8	0.5	3.1
Silber	20.4	1.6	-4.6	7.6
Platin	903.1	-0.6	1.6	11.9
Palladium	1769.0	-1.0	-21.7	-11.0
III. Goldpreis in anderen Währungen				
JPY	202453.0	0.3	2.2	9.3
CNY	11349.1	-0.2	-3.1	-2.9
GBP	1300.9	1.2	-0.4	-2.4
INR	132141.2	1.9	-2.0	0.5
RUB	127043.5	1.5	-3.8	-6.3

Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.

ZINS, INFLATION, GOLD – UND DER „GREAT RESET“

► **Dem zunehmenden Kaufkraftschwund von US-Dollar, Euro & Co zu entgehen, wird für Anleger eine der zentralen Herausforderungen in den kommenden Jahren, im „Great Reset“, sein.**

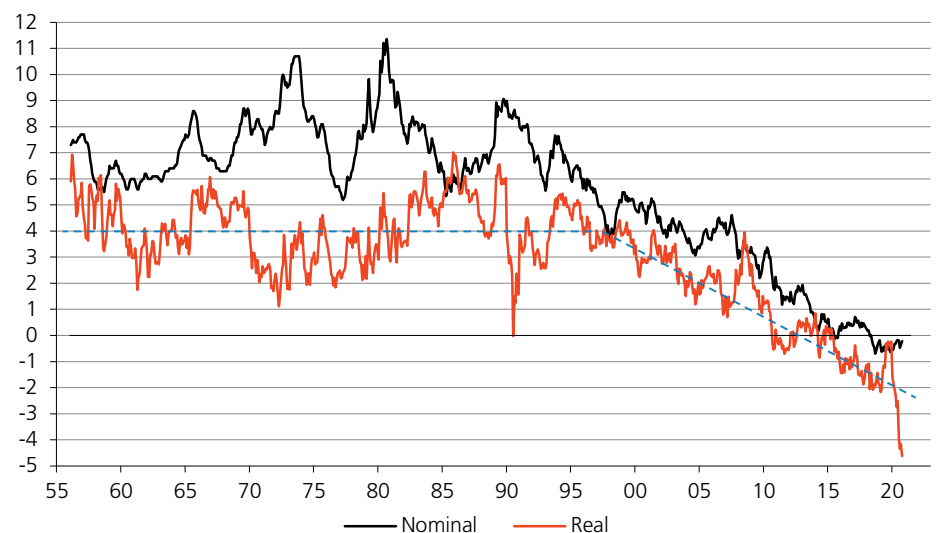
„Wer mit der Inflation flirtet, wird von ihr geheiratet.“
—Otmar Emminger (1911–1986), Bundesbank-Präsident von 1977–1979

VERKEHRTE ZINSWELT

Die nachstehende Abbildung 1 zeigt die nominale Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe und ihre reale, das heißt inflationsbereinigte Rendite von 1957 bis Oktober 2021. Folgendes lässt sich erkennen: (1) Von 1957 bis etwa Mitte der 1990er Jahre schwankte die reale Rendite um einen Mittelwert von ungefähr 4 Prozent (einen großen Ausreißer „nach unten“ gab es im Sommer 1990). (2) Spätestens mit der Einführung des Euro zu Beginn des Jahres 1999 setzte ein markanter Zinsabwärtstrend ein, der sowohl die nominale als auch die reale Rendite erfasst hat. (3) Erstmals fiel die Nominalrendite Mitte 2016 unter die Nulllinie; die Realrendite war bereits gegen Ende 2010 erstmalig negativ.

1 Deutsche Zinsen im Niedergang

10-jährige Rendite der Bundesanleihe, nominal und real*

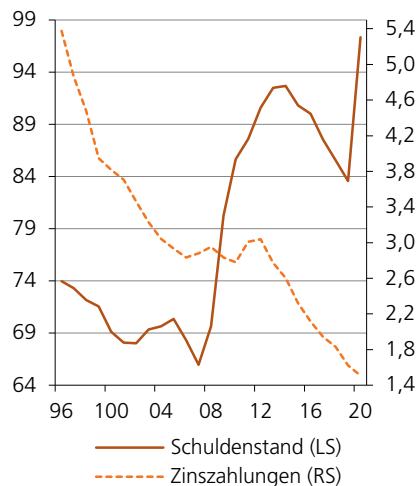


Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa. *Nominalzins abzüglich der Jahresveränderung der Konsumgüterpreisindex.

Am aktuellen Rand, im Oktober 2021, lag die Realrendite bei *minus* 4,6 Prozent – ein Rekordwert in der Betrachtungsperiode. Vereinfacht gesprochen heißt das: Derjenige, der eine 10-jährige Bundesanleihe mit einer Rendite von real minus 4,6 Prozent erwirbt und sie bis zur Fälligkeit hält, der verliert (vorausgesetzt, die Marktlage ändert sich nicht) knapp 38 Prozent seines Kapitals. Die Nominalrendite ist folglich nicht mehr ausreichend, um dem Anleger eine positive Realrendite

Die EZB macht's möglich: Trotz stark steigender Staatsschulden sinkende Zinslasten

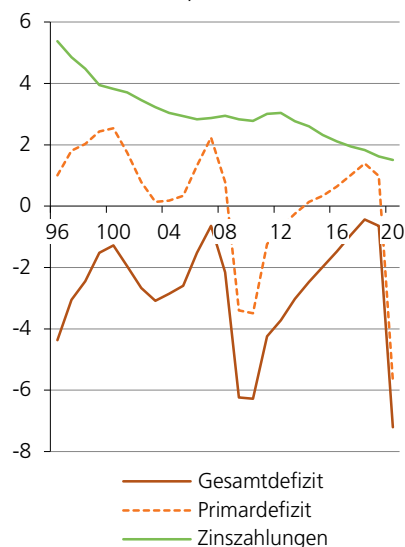
(a) Schulden und Zinszahlungen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes



Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Die Staatsschulden im Euroraum haben 2020 einen Rekordstand von 97,3 Prozent des Euro-Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht. Gleichzeitig sind die dafür aufzuwendenden Zinszahlungen auf einen Tiefstand von 1,4 Prozent gefallen – dank der extremen Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB).

(b) Zinszahlungen, Primär- und Gesamtdefizit in Prozent des Bruttoinlandsproduktes



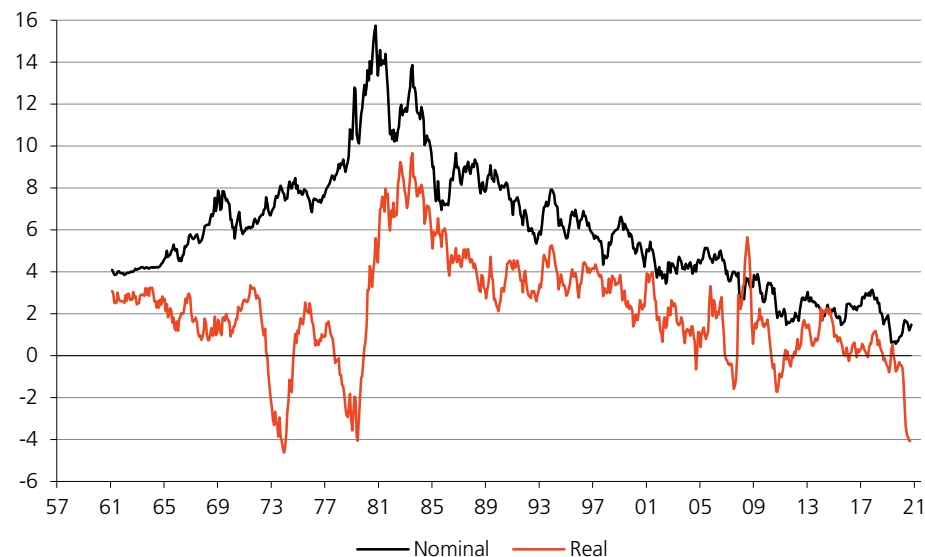
Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Die Haushaltslage der Euro-Staaten war in 2020 so prekär wie nie zuvor: Der Primärüberschuss (d. h. Einnahmen minus Ausgaben ohne Zinszahlungen) lag bei minus 5,7 Prozent des BIP, das Gesamtdefizit bei einem Höchststand von 7,2 Prozent des BIP.

zu sichern; ähnlich ist es in den USA (siehe Abb. 2). Diese irritierende, geradezu groteske Situation in den Anleihemärkten hat von Seiten der Ökonomen verschiedene Erklärungen hervorgebracht.

2 US-amerikanische Zinsen im Niedergang

10-jährige Rendite der US-Treasuries, nominal und real*



Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa. *Nominalzins abzüglich der Jahresveränderung der Konsumgüterpreisindex.

Eine der Erklärungen lautet, dass die Ersparnis sehr stark angestiegen sei, und das hätte, weil die Investitionsnachfrage nicht mithält, den Nominal- wie auch den Realzins abgesenkt; und weil der „Ersparnisüberhang“ so groß sei, ist nun sogar der Realzins im Minusbereich angelangt. Eine andere Erklärung lautet: Die Zentralbanken fragen Staatsanleihen nach, treiben deren Kurse in die Höhe und senken dadurch die Nominalrendite ab – und zwar so weit, dass die Realrendite negativ wird; der starke Anstieg der Güterpreisindex, der sich in den letzten Monaten zugetragen hat, treibt die Realrenditen nun stärker denn je unter die Nulllinie. Welche dieser Erklärungen nun die stichhaltige ist, oder ob beiden eine Berechtigung zukommt: Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass auf den weltweiten Zinsmärkten eine höchst außergewöhnliche Situation entstanden ist.

Ein negativer Realzins ist *ex post* gesehen gut zu erklären: Die Investoren haben die Anleihen zu einem bestimmten Zinssatz gekauft, und nach dem Kaufzeitpunkt stellte sich heraus, dass die zum Kaufzeitpunkt erwartete Preisinflation zu niedrig war, dass sie unter der tatsächlich eingetretenen Inflation lag. Ganz anders stehen die Dinge jedoch *ex ante*: Würde jemand, der bei Sinnen ist, sein Geld verleihen, wenn er dafür eine negative Realrendite erhält? Wohl kaum. Schon die Vorstellung einer Nominalrendite von null erscheint absurd: Es wäre dann nämlich vorteilhafter, wenn der Anleger Geld hält anstelle in Anleihen zu investieren. Könnten vielleicht „institutionelle Faktoren“ erklären, warum Nominal- und Realzins auf oder unter die Nulllinie fallen können?

Beispielsweise sind die Kapitalsammelstellen (Versicherungen, Renten- und Pensionsfonds etc.) durch Regularien verpflichtet, einen Großteil der ihnen zugehenden Anlagegelder im Anleihemarkt anzulegen; und dieser Direktive müssen sie auch dann folgen, wenn die Nominal- und Realzinsen bei null Prozent oder darunter liegen. Institutionelle Anleger und ihre Kunden verabschieden sich bei Null- oder Negativzinsen nicht notwendigerweise sofort aus dem Kreditmarkt, sondern legen das Geld weiterhin dort an, wenn sie davon ausgehen, dass die

Phase des nominalen/realen Null- und Negativzinses nur von kurzer, von vorübergehender Dauer ist; weil sie die (Transaktions-)Kosten einer Portfolioumschichtung scheuen; oder weil sie zu träge sind.

GROSSE VERZERRUNG

Wie dem auch sei: Nominal- und Realzinsen von null oder weniger können kein „Gleichgewicht“ darstellen in dem Sinne, dass Nominal- und Realzinsen in der Volkswirtschaft dauerhaft und ungestraft auf oder unter der Nulllinie liegen. Wie bereits gesagt: Bei einem Nominalzins von null oder weniger ist es besser, Geld zu halten und keine Anleihen zu kaufen; bei einem Realzins null oder weniger gilt das gleiche. Die wirklich entscheidende Einsicht an dieser Stelle ist jedoch, dass der sogenannte „Urzins“, den jeder handelnde Mensch quasi in sich trägt, immer und überall positiv ist; dass der Urzins sprichwörtlich nicht aus dem menschlichen Denken und Handeln, aus der Welt verschwinden kann. Der Urzins bezeichnet den Wertabschlag, den ein Zukunftsgut gegenüber dem Gegenwartsgut (von gleicher Art und Güte und unter gleichen Umständen) erleidet.

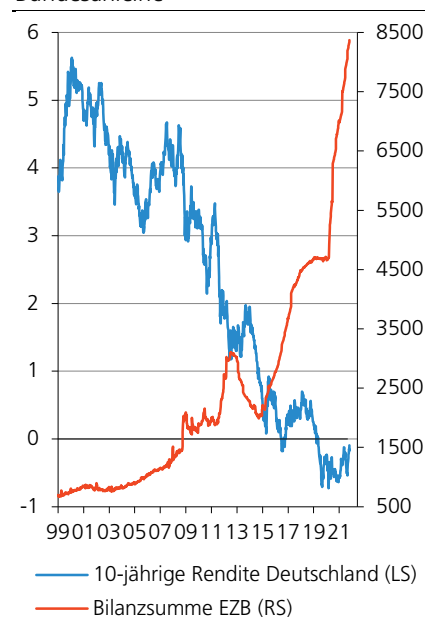
Einfach gesagt: 1 Euro heute hat (aus handlungslogischen Gründen) einen höheren Wert als 1 Euro in einem Jahr. Im „realen Leben“ ist natürlich nicht auszuschließen, dass es Menschen geben mag, die gegen diese „Logik des menschlichen Wertens und Handelns“ verstoßen. Dann aber zum eigenen Schaden. Denn sie werden damit ihre Ziele nicht oder nicht so gut erreichen wie ihre Mitmenschen, die ihr Wertens und Handeln in Einklang mit der Handlungslogik bringen. Wenn der Urzins der Menschen stets positiv ist (und nicht null oder negativ werden kann), dann ist auch klar, dass eine moderne, arbeitsteilige Volkswirtschaft ohne einen positiven (Real-)Zins nicht denkbar ist. Ohne eine Entlohnung für den Konsumverzicht, für das Sparen und Investieren würde die Volkswirtschaft vielmehr desintegrieren, in eine primitive Subsistenzwirtschaft zurückfallen.

Es käme zu einem Kapitalverzehr. Die Regale würden sprichwörtlich abgeräumt, Produktionsgüter aufgebraucht, und sie würden auch nicht mehr durch Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen wiederaufgebaut. Das bisher produktive Sparen (also die mit zeitlichem Aufwand verbundene Umwandlung von knappen Ressourcen in Produktionsgüter, mit denen sich das künftige Konsumgüterangebot erhöhen und verbessern lässt) weicht einem Horten. Ohne einen positiven Zins würden das arbeitsteilige Wirtschaften und damit das heutzutage verfügbare Güterangebot verschwinden, die Menschheit würde verarmen. Millionen wenn nicht gar Milliarden Menschen würden, so wäre zu befürchten, dem Hungertod preisgegeben. Das Geschehen auf den Anleihemärkten rechtfertigt jedoch noch nicht die Schlussfolgerung, dass es keinen Zins mehr gäbe.

Denn der Zins findet sich nicht nur im Kreditmarkt, also dort, wo gegenwärtig verfügbares Geld gegen erst künftig verfügbares Geld getauscht wird. Er findet sich in allen Arten von intertemporalen Tauschvorgängen. Also auch beispielsweise im Aktienmarkt: Hier wird beim Kauf einer Aktie gegenwärtiges Geld getauscht gegen (erwartete) künftige Geldzahlungen in Form von Erlösen aus Aktienverkäufen und/oder Dividendenzahlungen. Ganz ähnlich verhält es sich im Immobilienmarkt: Der Investor erwirbt beispielsweise ein Mietshaus, indem er gegenwärtiges Geld gegen künftig erwartete Geldzahlungen aus Mieten und/oder Verkaufserlösen eintauscht. Auch hier tritt der Zins als Wertabschlag in Erscheinung, den die künftig erzielbare Geldeinheit gegenüber der gegenwärtig verfügbaren Geldeinheit erleidet.

Zum Einfluss der Zentralbank auf den Langfristzins

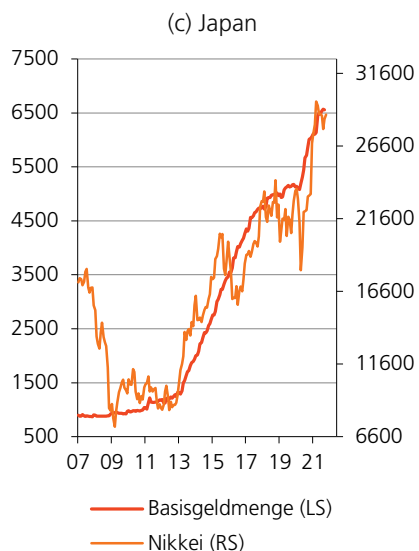
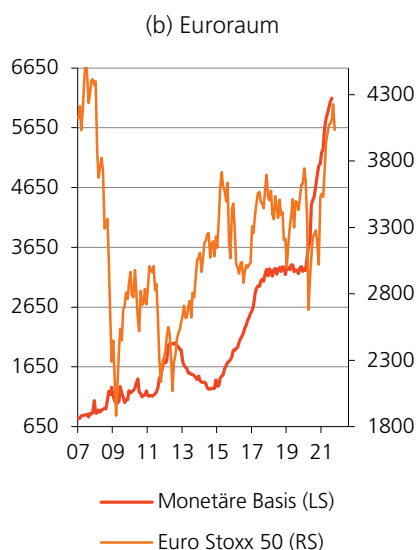
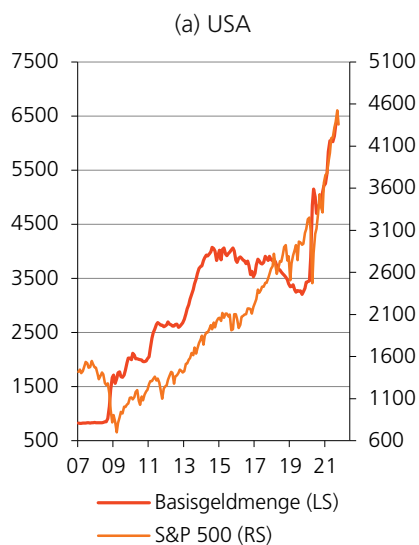
Bilanzsumme der EZB* in Mrd. Euro und Rendite der 10-jährigen deutschen Bundesanleihe



Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa. *EZB plus nationale €-Zentralbanken. Letzter Datenpunkt: 27. Oktober 2021. Gepunktete Linie: geschätzter Trend.

Die obige Graphik vermittelt dem Betrachter das folgende Bild: steigende EZB-Bilanzsumme, fallender Langfristzins. Was aber ist hier Ursache, was ist Wirkung? Fallende Zinsen können durch viele Faktoren erklärt werden: durch ein steigendes Sparvolumen relativ zu den Investitionsvorhaben; durch abnehmende Inflationserwartungen; und durch nachgebende Risiko- und Liquiditätsprämien in den Anleihemärkten. Vor allem die Geldpolitik ist bedeutsam. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, spätestens aber mit ihren Anleihekäufen übt die Europäische Zentralbank (EZB) einen unmittelbaren Abwärtsdruck auf die Langfristzinsen aus. Hinzu kommen die Direktkredite an die Euro-Geschäftsbanken („LTROs“), die ab Juni 2014 zu extrem niedrigen Zinskonditionen verabreicht werden. Auch sie tragen natürlich dazu bei, dass die Kapitalmarktzinsen nach unten gedrückt beziehungsweise gezogen werden. So gesehen sind das Anwachsen der EZB-Bilanz beziehungsweise die damit verbundenen geldpolitischen Maßnahmen als ursächlich für den Zinsniedergang zu werten.

Wie die Zentralbanken mit ihrer Geldmengenausweitung die Aktienkurse in die Höhe treiben



Quelle: Refinitiv; Graphiken Degussa.

INFLATIONÄRE SPEKULATIONSBLASE

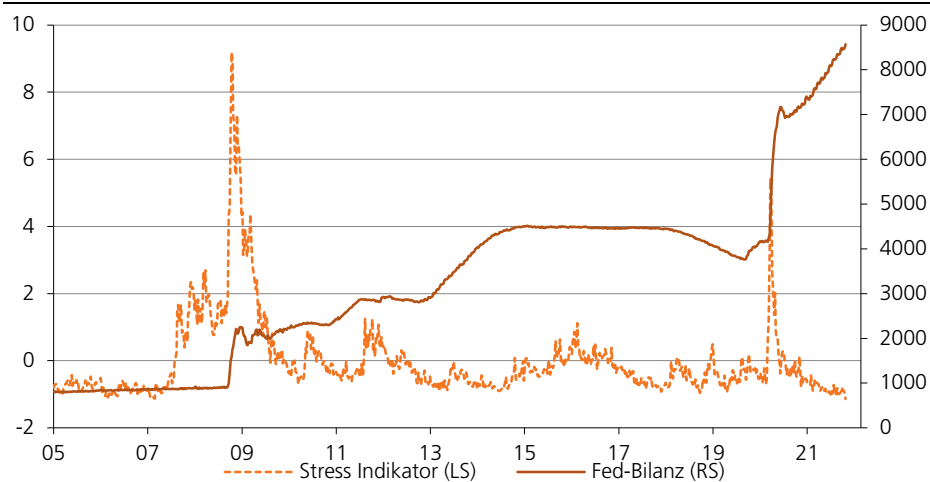
Die extremen Tiefstände der Zentralbankzinsen und der Staatsanleiherenditen lösen weitreichende Effekte aus. Wenn die Zinsen für Bankguthaben, kurz- und langfristige Anleihen null oder negativ sind, weichen Anleger früher oder später aus. Sie fragen zum Beispiel Aktien und Immobilien nach. Dadurch steigen deren Preise an, so dass bei unveränderten künftigen Unternehmensgewinnen und Mieten (und Bewertungsmaßstäben) die erzielbaren Renditen abnehmen. Wer also (ver-)spät(-et) in die inflationierten Vermögensmärkte investiert, kann nur noch geringe(re) Renditen erzielen. Wenn hingegen die Erwartung um sich greift, dass die künftigen Gewinn- und Mietzahlungen ebenfalls inflationsbedingt ansteigen werden, dann vergrößert sich selbstverständlich das Ausmaß der Preisinflation, und entsprechend lassen sich auch noch höhere inflationsbedingte Renditen erzielen – bis auch hier irgendwann die Ernüchterung eintritt.

Damit das nicht so schnell passiert, muss die extreme Niedrigzinspolitik der Zentralbanken begleitet sein von einer kräftigen, fortgesetzten Geldmengenausweitung. Sie ermöglicht nicht nur das Ansteigen der Vermögenspreise aufgrund des gesunkenen Zinses. Die Aussicht auf eine chronische Geldmengenvermehrung inflationiert auch die erwarteten künftigen Einzahlungen und vergrößert dadurch die Vermögenspreisinflation. Doch bekanntlich kann eine Inflationspolitik ihre „belebende Wirkung“ nur solange entfalten, wie die tatsächliche Inflation die erwartete Inflation übersteigt. Es muss also eine – wie die Ökonomen es bezeichnen – fortgesetzte „Überraschungsinflation“ geben. Bislang ist das den Zentralbanken ganz offensichtlich gelungen.

Dieses „Kunststück“ wurde vor allem deshalb möglich, weil die Zentralbanken die Kreditausfallrisiken gezielt beruhigt haben. Wie Abb. 3 zeigt, hat das Eingreifen der US-Zentralbank (Fed) nunmehr das „Stressniveau“ in den Finanzmärkten auf ein historisches Tief gesenkt. Die Fed hat nämlich den Finanzmärkten de facto zugesichert, keine Zahlungsausfälle systemrelevanter Akteure zuzulassen, den Kreditmarkt also zu stützen, wann immer das als politisch erforderlich angesehen wird. Das „unsichtbare Sicherheitsnetz“, das die US-Zentralbank unter die Finanzmärkte gespannt hat – und alle anderen bedeutenden Zentralbanken eifern ihr darin nach –, treibt den Kreditfluss an, verleitet Investoren, neue Risiken einzugehen, und die inflationäre Spekulationsblase wird weiter aufgeblasen.

3 Zentralbanken vertreiben Kreditausfall Sorgen

Bilanzsumme US-Zentralbank (Mrd. USD) und „Finanzmarkt-Stressindikator“



Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa. *Steigt (fällt) die Linie, steigt (fällt) der „Stress“ in den Finanzmärkten.

DIE SCHATTEN DES „GREAT RESET“

Die Zentralbanken stehen nun aber unter wachsendem Druck: Das markante Ansteigen der Konsumgüterpreise gefährdet das Vertrauen der breiten Öffentlichkeit in das Geld. Und da die Zentralbanken ihr Geldmonopol verteidigen wollen, müssen sie ein „glaubwürdiges Vertrauenssignal“ aussenden: also den Eindruck erwecken, sie nehmen es ernst mit der „Inflationsbekämpfung“ (obwohl sie es ja selbst sind, die für das anhaltende Ansteigen der Güterpreise auf breiter Front die Verantwortung tragen). Gleichzeitig dürfen sie aber den Kredit- und Geldzufluss nicht so stark abbremsen, dass das ganze Kreditkartenhaus in sich zusammenstürzt. Kann dieser Balanceakt gelingen? Die Frage lässt sich wohl nur vor dem Hintergrund der Schatten, die der „Great Reset“ vorauswirft, beantworten.

Der „Great Reset“ steht für die konkrete Idee eines politisch-ideologisch herbeigeführten Umbaus des heutigen Wirtschaft- und Gesellschaftssystems des Westens, die spätestens durch die politische Instrumentalisierung der Themen „Klimawandel“ und „Coronavirus-Krise“ rasant an Dynamik gewonnen hat. Die Kernidee des Great Reset ist es, dass der Mensch seine Geschicke auf dem Planeten nicht in einem System der freien Märkte gestalten soll, sondern dass Wirtschaft und Gesellschaft vielmehr nach politischen Vorgaben zu lenken sind. „Die Vierte Industrielle Revolution“, „Transhumanismus“, Künstliche Intelligenz, Aufstieg der Genomik und Nanotechnologie, das „Social Credit System“, die Verschmelzung von Mensch und Maschine sind Schlagworte, die andeuten, wie tiefgreifend der Great Reset aus Sicht seiner Protagonisten, die sich hinter der Initiative „World Economic Forum“ (WEF) versammelt haben, das Leben des Menschen verändern soll.

Der Great Reset, in die Tat umgesetzt, liefe letztlich auf die Errichtung einer Art Befehls- und Lenkungswirtschaft hinaus: einer zunehmenden Verquickung von Lenkungsstaat und Großunternehmensinteressen (BigBusiness, BigBanking, BigTech, BigPharma) - man könnte auch von „Corporate Socialism“, „Neo-Feudalismus“ oder einer „Chinarisierung des Westens“ sprechen -, die, entweder abgekoppelt vom Wählerwillen oder von ihm geduldet, richtungsweisenden Einfluss ausübt auf die Gestaltung der volkswirtschaftlichen Produktions- und Konsumstruktur – durch Ge- und Verbote, Regulierungen, Privilegien, Besteuerung, Mengen- und Preisvorgaben, etc. Der Great Reset wirft bereits seine Schatten unverkennbar voraus, und da stellt sich natürlich auch die Frage, in welcher Weise er die Geldpolitik beeinflussen wird?

Vor allem die folgenden vier Faktoren dürften der Geldpolitik ihren prägenden Stempel aufdrücken. (1) Die Staaten drängen darauf, den Umbau der Volkswirtschaften, vor allem die damit einhergehende Abkehr von fossilen Energieträgern, aktiv voranzutreiben. Das wird der Privatwirtschaft gewaltige Finanzmittel abverlangen und auch die Staatskassen (die sich natürlich aus Steuern der Privaten speisen) belasten – vor allem auch dann, wenn die absehbaren Arbeitsplatzverluste in vielen Industrien zu bezahlen sind. Die Zentralbanken geraten folglich noch stärker als bisher unter die „Fiskalische Dominanz“ der Politik: Sie sollen die Finanzierungswünsche der Regierungen mit der Ausgabe von neuem Geld bei niedrigen Zinsen bedienen, und dieser Aufforderungen werden sich die Zentralbankräte wohl nicht ernsthaft entgegen stellen wollen.

(2) Die Verschuldungslage der meisten Staaten ist schon heute prekär. Um sie zu entschärfen, erscheint für viele Regierungen eine höhere Preisinflation ein probates Mittel zu sein: Wenn die Zentralbanken die Marktzinsen niedrig halten und gleichzeitig durch die Geldmengenausweitung – die insbesondere den Staats-

“This is the time for a Great Reset.”

– Al Gore

“You’ll own nothing. And you’ll be happy.”

—Word Economic Forum (WEF)

“The very idea of the human being some sort of natural concept is really going to change. Our bodies will become so high tech that we will not be able to really distinguish between what is natural and what is artificial.”

—Word Economic Forum (WEF)

„Unsere gesamte Art des Lebens werden wir in den nächsten 30 Jahren verlassen.“

—Angela Merkel

“Climate change and biodiversity loss are no different. In fact, they pose an even greater existential threat to the extent that we have to put ourselves on what might be called a war-like footing.”

—Prince Charles

haushalten zugutekommt – die Güterpreis-inflation in die Höhe treiben, dann lässt sich die Schuldenlast des Staates in realer Rechnung reduzieren. Das setzt allerdings voraus, dass die Staaten sich nicht weiter stark neuverschulden. Doch leider: Das Great-Reset-Projekt wird eine hohe Neuverschuldung wohl unausweichlich machen – denn anders sind die damit verbundenen staatlichen Ausgaben nicht finanzierbar. Also auch das wird die Zentralbanken anhalten, die Geldmengen recht ungestüm auszuweiten und die Preisinflation anzuheizen.

(3) Die fortgesetzte Ausweitung der Geldmengen zur Finanzierung der Staatsausgaben treibt die Güterpreis-inflation in die Höhe. Das wiederum hilft, die ausstehenden Staatsschuldenlasten in realer Rechnung zu reduzieren und neue Schulden zu negativen Zinsen aufzunehmen – denn die Zentralbanken halten die Marktzinsen weiter künstlich so niedrig, dass die Rate der Geldentwertung unter dem nominalen Zins liegt. Allerdings führt die Güterpreis-inflation früher oder später auch zu erhöhten Staatsausgaben – zur Bezahlung von Aufträgen, Löhnen und Gehältern, Transfers etc. –, und so sorgt die Politik der Preisinflation für eine Politik der noch höheren Preisinflation. Zu befürchten ist, dass kurzsichtige Politiker sehr wahrscheinlich bereit sind, den kurzfristigen Nutzen der Inflation (Konjunkturbelebung) gegen die langfristig damit verbundenen Kosten (Kapitalfehlenlenkung, Zerstörung der Ersparnis etc.) auszuspielen.

(4) Und nicht zuletzt ist eine erhöhte Güterpreis-inflation auch deshalb politisch akzeptabel, weil sie dazu beiträgt, die wahren Kosten des Wirtschafts- und Gesellschaftsumbaus zu verschleiern. Beispielsweise verringert die Ausweitung der Geldmenge die negative Wirkung der Energiepreisverteuerung auf Output und Beschäftigung: Die Kosten zeigen sich (zunächst) vor allem in erhöhten Güterpreisen, in einer Entwertung des Geldes und der Ersparnisse, und nicht so sehr (und unmittelbar) in Produktionsverlusten und Arbeitslosigkeit. Um Akzeptanz für die Politik der höheren Preisinflation zu sorgen, verklären daher auch bereits einige Hauptstrom-Ökonomen eifrig die gestiegene Preisinflation als „notwendiges Opfer“, als ein „Preis für die grüne Politik“, den es sich lohne zu zahlen.

Es muss nicht gesondert betont werden, dass der politisch-ideologisch vorangetriebene Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, verbunden mit einer inflationären Geldpolitik, vielfältige Risiken für die Anleger birgt. Ein nahezu sicheres Opfer des Great Reset wird die Kaufkraft des Geldes sein. Sie wird unter der fortgesetzten, erhöhten Güterpreis-inflation dahinschwinden. Dadurch werden die klassischen Anlageklassen wie Bankguthaben, Geldmarktfondsanteile und Anleihen ebenfalls ihre Werthaltigkeit einbüßen. Ein Umfeld künstlich gesenkter Zinsen, vor allem das Andauern des negativen Realzinsregimes, verbunden mit einem relativ hohen Geldmengen-zuwachs, wird sehr wahrscheinlich die Vermögenspreise wie Aktien und Immobilien noch weiter in die Höhe treiben – wie voranstehend schon angemerkt.

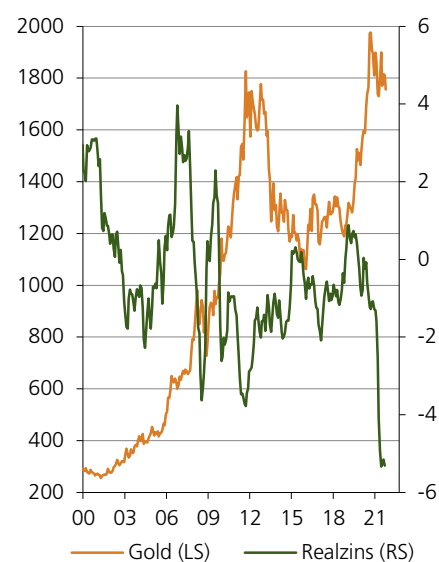
Solch ein Inflationsprozess ist allerdings keine Einbahnstraße. Die Güterpreis-inflation ist volkswirtschaftlich schädlich. Sie sorgt für Kapitalfehlenleitungen und Kapitalverluste. Nicht allen Unternehmen wird es gelingen, die gestiegenen Produktionskosten auf die Absatzpreise zu überwälzen, und die Gewinne leiden. Die Preisinflation sorgt auch dafür, dass die Nachfrage nach vielen Gütern fällt, weil die Nachfrager Kaufkrafteinbußen erleiden. Die Erträge von Immobilien leiden, wenn politisch motivierte Mietpreisstopp verhängt werden, oder wenn Firmen schließen und Gewerbeflächen keine Nachmieter finden. Die Umwälzungen, die mit dem Great Reset – wenn er sich auch nur annähernd so entfaltet, wie seine Befürworter es in Aussicht stellen –, werden viele Industriezweige zurückdrängen, zum Verschwinden bringen, andere expandieren, neu entstehen lassen. In

einem solchen Umfeld, in dem die Risiken, die Unwägbarkeiten, besonders hoch sind, erscheint ein Mindestmaß an Diversifizierung des Portfolios ratsam zu sein.

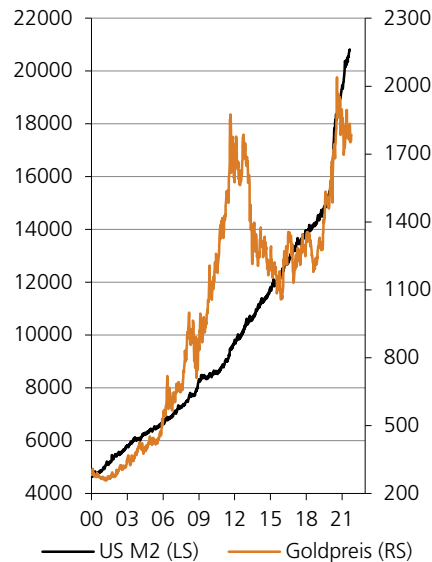
Welche Rolle spielen dabei physisches Gold und Silber? Mit Blick auf die letzten etwa 14 Monate haben sie ihre Wertaufbewahrungs- beziehungsweise Versicherungsfunktion, auf die viele Edelmetallanleger setzen, keineswegs „glänzend“ erfüllt. So ist die US-Geldmenge M2 seit Ende 2019 bis heute um 35 Prozent angestiegen, der Goldpreis nur um 18 Prozent, der Silberpreis um 37 Prozent. Im Vergleich dazu: Der US-amerikanische Aktienmarktindex S&P500 ist um 40 Prozent gestiegen, der Bitcoin-Preis sogar um 782 Prozent. Ganz offensichtlich waren Gold und Silber nicht die erste Wahl für die Anleger in Krisenzeiten. Es war vermutlich vor allem das „Sicherheitsnetz“, das die Zentralbanken unter die Volkswirtschaften gespannt haben, das die Befürchtungen vor einem Systemzusammenbruch zurückgedrängt hat. Die Geldanlage in Aktien, Häusern und Kryptoeinheiten wurde dadurch ermuntert, Gold und Silber hatten das Nachsehen,

4 Goldpreis reagiert auf Zins und Geldmenge

(a) Goldpreis (USD/oz) und realer US-Kurzfristzins* in Prozent



(b) Goldpreis (USD/oz) und US-Geldmenge M2 (Mrd. USD)



Quelle: Refinitiv, Berechnungen Degussa. *Leitzins abzüglich Jahresveränderung der Konsumgüterpreise.

Angesichts einer zusehends digitalisierten Welt, einer Welt, die dem Great Reset geradezu entgegendrängt, könnte eine Empfehlung für das Halten von Edelmetallen allzu leicht als „überholt“, „unmodern“, ja als „aus der Zeit gefallen“ erscheinen. Doch das wäre vorschnell geurteilt. Physisches Gold und Silber sind zum einen unverzichtbare Metalle in der Industriefertigung und -anwendung. Allein diese Nachfragekomponenten garantieren ihnen quasi einen positiven Marktpreis, machen das Szenario eines „Totalverlustes“ sehr unwahrscheinlich, auch wenn ihr Mengenangebot im Zeitablauf weiter zunimmt. Vor allem aber zeichnen sich Gold und Silber durch Eigenschaften aus, die sie zu einem - langfristig gesehen - verlässlichen Wertaufbewahrungsmittel, zu gutem Geld machen im Vergleich zum ungedeckten Geld in Form des US-Dollar, Euro, chinesischem Renminbi und anderen offiziellen Währungen auf der Welt.

Auch in Zeiten des Great Reset verlieren die Edelmetalle nicht ihre vorzüglichen monetären Eigenschaften. Vielmehr wird vor allem das Gold wohl die einzig verbleibende, währungshistorisch bewährte Geldart sein, die nicht durch geldpolitische Machenschaften entwertet werden kann. Und anders als das ungedeckte Buchgeld - das sehr wahrscheinlich zu einem digitalem Zentralbankgeld mutieren

wird - unterliegt der Tauschwert des Edelmetalls auch keinem Kontrahentenrisiko. Man sollte zudem nicht der Illusion erliegen, der Great Reset, die voranschreitende Digitalisierung würden die Probleme, für die das Fiat-Geldsystem gesorgt hat, geräuschlos aus der Welt schaffen. Kryptoeinheiten sind vermutlich eine Möglichkeit, der anstehenden Entwertung von US-Dollar, Euro & Co zu entkommen. Aber sie sind, Stand heute, noch nicht die endgültige Lösung des Geldproblems. Gold wird dabei sehr wahrscheinlich eine bedeutende Rolle spielen. Das sehen übrigens auch einige Investmentprofis so. In einem Interview mit CNBC am 4. August 2021 sagte Investor Ray Dalio auf die Frage, was er wählen würde, Gold oder Bitcoin: „If you put a gun to my head, and you said, ‘I can only have one’, I would choose gold.“ Man kann davon ausgehen, dass Ray Dalio sich intensiv mit den Folgen des Great Reset beschäftigt hat.

GOLDMARKT IN Q3 2021

Am 28. Oktober 2021 hat das World Gold Council die Angebots- und Nachfragedaten für das dritte Quartal 2021 bekannt gegeben.

Insgesamt gab die **weltweite Goldnachfrage** um 7% gegenüber dem Vorjahr (J/J) auf 830,8 Tonnen nach. Das lag aber fast ausschließlich an den Abflüssen aus den Gold-ETFs (siehe weiter unten).

Die **Goldschmucknachfrage** stieg um 33% gegenüber dem Vorjahr auf 442,6 Tonnen (Indien: +58% J/J auf 96,2 Tonnen, China: +32% J/J auf 156,8 Tonnen).

Die **Investmentnachfrage nach Gold** fiel um 53% J/J auf 235,0 Tonnen – wobei das Vorjahresquartal mit +495,0 Tonnen besonders „kräftig“ ausgefallen war. Ein „Dämpfer“ im dritten Quartal 2021 war der Rückgang der ETF-Goldbestände, die um 26,7 Tonnen abnahmen. Goldbarren- und Goldmünznachfrage stiegen hingegen um 18% J/J auf 261,7 Tonnen (Indien: +27% J/J auf 42,9 Tonnen, China: +12% J/J auf 64,7 Tonnen).

Die **Goldnachfrage der Zentralbanken** fiel auf 69,3 Tonnen, eine Verlangsamung um 64% gegenüber dem Vorquartal (nach einem Rückgang von 10,6 Tonnen im dritten Quartal 2020).

Die **Goldnachfrage seitens der Industrie** stieg um 9% J/J auf 83,8 Tonnen (Elektronik: +9% J/J, andere Industrieanwendungen: +10% J/J, Dentalgold: -8% J/J).

Das **gesamte Goldangebot** ging um 3% J/J auf 1238,9 Tonnen zurück. Das Goldangebot aus den Minen stieg um 4% J/J auf 959,5 Tonnen, das Recycled Gold fiel um 22% J/J auf 298,0 Tonnen.

Insgesamt betrachtet blieb der Trendverlauf der Goldnachfrage in Q3 2021 weiter nach oben gerichtet. Die Nachfrage nach Gold-ETFs hat sich allerdings wieder als recht schwankungsanfällig erwiesen. Nach der Korrekturphase des Goldpreises, die Anfang 2020 einsetzte, sind die Aussichten zunehmend positiv dafür, dass der Goldpreis wieder auf seinen langfristigen Aufwärtstrend einschwenken wird, vor allem auch angetrieben durch die nach wie vor inflationäre Geldpolitik dies- und jenseits des Atlantiks. Physisches Gold ist und bleibt eine unverzichtbare Versicherung gegen Inflation und Zahlungsausfälle für jeden Anleger und Investor.

Gold demand (Tonnes)

	Q1'19	Q2'19	Q3'19	Q4'19	Q1'20	Q2'20	Q3'20	Q4'20	Q1'21	Q2'21	Q3'21	Year-on-year % change	
Jewellery	535,2	529,8	469,0	589,2	313,5	244,5	332,9	510,3	484,1	396,6	442,6	▲	33
Technology	79,9	80,7	82,0	83,3	72,9	68,1	77,2	84,0	81,1	80,2	83,8	▲	9
Electronics	63,5	64,5	66,4	67,8	58,7	57,2	63,2	69,2	66,2	66,4	68,9	▲	9
Other Industrial	12,8	12,5	12,1	12,3	11,0	8,3	10,9	11,8	12,0	10,9	12,0	▲	10
Dentistry	3,5	3,7	3,5	3,2	3,2	2,6	3,1	2,9	2,9	2,9	2,9	▼	-8
Investment	302,1	293,9	420,5	258,5	556,3	584,3	495,0	137,9	181,9	283,8	235,0	▼	-53
Total bar and coin demand	257,3	219,1	149,3	241,0	252,6	156,7	221,0	269,2	351,9	243,1	261,7	▲	18
Physical Bar demand	185,2	150,3	91,6	152,2	159,4	93,6	114,3	170,3	231,9	168,5	178,4	▲	56
Official Coin	55,6	50,3	44,9	69,9	78,7	51,6	84,1	78,4	102,0	62,3	59,4	▼	-29
Medals/Imitation Coin	16,5	18,4	12,8	19,0	14,5	11,5	22,6	20,5	18,1	12,4	23,9	▲	6
ETFs & similar products*	44,8	74,8	271,2	17,5	303,7	427,6	273,9	-131,3	-170,0	40,7	-26,7	▲	-
Central banks & other inst.	146,2	227,8	113,5	117,9	140,8	63,7	-10,6	61,0	133,4	190,6	69,3	▲	-
Gold demand	1.063,4	1.132,2	1.084,9	1.049,0	1.083,5	960,6	894,4	793,2	880,5	951,2	830,8	▼	-7
LBMA Gold Price, US\$/oz	1.303,8	1.309,4	1.472,5	1.481,0	1.582,8	1.711,1	1.908,6	1.874,2	1.794,0	1.816,5	1.789,5	▼	-6

*For a listing of the Exchange Traded Funds and similar products, please see the Notes and definitions download: <https://www.gold.org/goldhub/data/gold-supply-and-demand-statistics>.

Source: Metals Focus, Refinitiv GFMS, ICE Benchmark Administration, World Gold Council

US-ZENTRALBANK BEGINNT DAS „TAPERING“ – UND KAUFT SICH DAMIT ZEIT

► **Die Wahrscheinlichkeit, dass die Fed die Inflationsdynamik unterschätzt, die sie selbst in Gang gesetzt hat (und die sie sicherlich auch nicht bekannt machen will), ist groß.**

Die US-Zentralbank (FED) hat auf ihrer Sitzung am 3. November 2021 beschlossen, den Leitzins unverändert in einer Bandbreite von 0,00–0,25 Prozentpunkten zu belassen. Die Fed hat zudem entschieden, ihre monatlichen Anleihekäufe zu reduzieren, noch beginnend im laufenden Monat November – also in das sogenannte „Tapering“ einzusteigen.

Derzeit kauft die Fed monatlich für 80 Mrd. US\$ Staatsanleihen und für 40 Mrd. US\$ Hypothekenanleihen. Diese Käufe sollen nun Monat um Monat um 10 beziehungsweise 5 Mrd. US\$ gekürzt werden. Die Fed kauft also bis auf Weiteres Anleihen und gibt dafür neue US-Dollar in Umlauf, aber die Käufe und die damit verbundene Geldmengenvermehrung lassen um insgesamt 15 Mrd. US\$ pro Monat nach gegenüber der bisherigen Praxis.

Warum dieser Schritt? Die stark gestiegene Preisinflation in den USA (im September stiegen die Konsumgüterpreise um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr) hat die Fed unter Zugzwang gesetzt. Sie musste wohl ein Zeichen des Vertrauens setzen, dass sie die Preisinflation (die sie selbst in Gang gesetzt hat) nun „bekämpfen“ will. Doch reicht ein Tapering dafür aus? Zweifel sind berechtigt.

Die Fed hält an ihrer Interpretation fest, dass der Inflationsanstieg nur „vorübergehender“ Natur sei und keinen raschen Anstieg des Leitzinses erfordere. Einen Hinweis, wann die Zentralbank überhaupt zu Zinserhöhungen greifen könnte, blieb Fed-Chairman Jerome H. Powell in der Pressekonferenz schuldig. Die Märkte erwarten derzeit, dass die US-Geldbehörde die Zinsen ein bis zweimal in 2022 anheben wird.)

Es wäre jedoch übertrieben, wollte man den Beginn des „Tapering“ schon als einen Ausstieg aus der sehr inflationären Geldpolitik werten. Es ist vielmehr und zuallererst eine Maßnahme, mit der sich die Fed Zeit kauft, um das Anheben der Zinsen so weit wie eben möglich in die Zukunft zu verlagern.

Denn sollten in den kommenden Monaten die offiziellen Inflationszahlen auch nur etwas nachgeben (aufgrund von sogenannten „Basiseffekten“ ist das durchaus möglich), wäre das die Gelegenheit für die Fed, die Zinsanhebungen noch weiter hinauszuschieben, sie auf „kosmetische Dosen“ zu beschränken.

Besonders problematisch dabei: Fed-Chairman Powell erweckt (nicht überraschend) den Eindruck, die steigende Güterpreisinflation sei im Wesentlichen durch die Folgen der politisch-diktieren Lockdowns verursacht (Lieferkettenprobleme, Anstieg der Energiepreise etc.).

Völlig ausgeblendet wird dabei die gewaltige Geldmengenexpansion, für die die Fed gesorgt hat. Allein seit Anfang 2020 ist die Geldmenge M2 um 36 Prozent angestiegen, und die Geldmenge wächst nach wie vor mit 13 Prozent gegen-

über dem Vorjahr – und treibt die Preisinflation auf den Güter- und Vermögensmärkten weiter an.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Fed die Inflationsdynamik unterschätzt (sie vermutlich auch nicht bekannt machen will) ist daher relativ groß. Anders gesagt: Das Inflationsproblem fällt sehr wahrscheinlich größer aus, als es die Fed der Öffentlichkeit weismachen will.

Die Politik der Fed wird vermutlich auch diesmal, so muss man befürchten, wegweisend sein für die Politik der meisten bedeutenden Zentralbanken der Welt. Daher liegt der Schluss nahe: Das Problem der Preisinflation ist gekommen, um zu bleiben, um noch größer zu werden.

Die steigenden Aktienkurse, Häuserpreise und Rohstoffpreise deuten bereits an, wohin die Inflationsreise geht. Dass auch die Preise für physisches Gold und Silber verstärkt in diesen Inflationierungsprozess hineingezogen werden, ist aus unserer Sicht nur noch eine Frage der Zeit.

ES IST ZEIT FÜR DEN AUSSTIEG

Die unmissverständliche Botschaft hinter dem Rückzug von Bundesbankpräsident Jens Weidmann lautet: Die Europäische Zentralbank (EZB) macht den Euro zur Weichwährung. Es ist allerhöchste Zeit, dem Projekt den Rücken zu kehren.

Am 20. Oktober 2021 verkündete Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, überraschend den Rücktritt von seinem Amt zum 31. Dezember 2021. In seinem Schreiben an die Belegschaft gibt er als Begründung dazu an: „Ich bin zur Überzeugung gelangt, dass mehr als zehn Jahre ein gutes Zeitmaß sind, um ein neues Kapitel aufzuschlagen – für die Bundesbank, aber auch für mich persönlich.“ Diese Worte werfen Fragen auf, vor allem weil Weidmann eine sehr wichtige Rolle für das Geld der Menschen nicht nur in Deutschland, sondern im Euro-Raum insgesamt spielt. Oder vielleicht doch nicht? Die stabilitätsorientierte Bundesbankposition wird seit Langem innerhalb der Europäischen Zentralbank (EZB) bekämpft. Die Idee, eine Zentralbank solle die Preisinflation niedrig halten, solle den Regierungen kein Geld leihen und solle sich nicht einbinden, nicht vereinnahmen lassen von der Tagespolitik, hatte von Anfang an wenig Freunde im Kreise der Euro-Teilnehmerländer.

Abschied von den Gründungsprinzipien

Kaum war der Euro 1999 eingeführt, machte man sich sogleich daran, die Prägung der EZB als Nachfolger des Bundesbankmodells abzustreifen. So erfolgte im Mai 2003 eine „Strategieüberprüfung“, mit der die strenge Orientierung der Geldpolitik am Geldmengenwachstum de facto zur Makulatur erklärt wurde. Spätestens von da ab ging es bergab. Die EZB sorgte mit ihrer durchweg laxen Politik zunächst für eine gewaltige Euro-Schuldenpyramide, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 zu kollabieren drohte. Seither reiht sich eine Rettung an die andere: Strauchelnde Staaten und Banken werden mit extremen Niedrigzinsen und immer größeren Geldmengenspritzen künstlich am Leben gehalten; die Euro-Volkswirtschaften liegen sozusagen als Dauerpatienten auf der Intensivstation. Die Reaktion der EZB auf die jüngsten politisch diktierten Lockdown-Krisen ist eine beispiellose Geldmengenflutung. Die Folgen dieser Politiken beginnen nun in Erscheinung zu treten: Die Güterpreis-inflation zieht auf breiter Front an.

Weidmanns Rücktritt ist kein Einzelfall. Im Februar 2011 erklärte der damalige Präsident der Bundesbank, Axel Weber, seinen Rücktritt. Das war genau in der Zeit, in der um die Nachfolge des scheidenden französischen EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet gepokert wurde. Weil Weber keine Rückendeckung aus Berlin erhielt, ging das Amt an den Italiener Mario Draghi. Weber wollte die zusehends inflationärere EZB-Geldpolitik mit ihren anschwellenden Staatsschuldenkäufen nicht länger mittragen – wie er jedoch erst zwei Jahre nach seinem Rücktritt kundtat. Der nächste Bundesbank-Repräsentant in der EZB, der das Handtuch warf, war Jürgen Stark, Mitglied im EZB-Direktorium und Chefvolkswirt der Bank. Im September 2011 stieg er aus, konnte und wollte den zusehends regellosen Kurs der EZB nicht mehr akzeptieren. Im September 2019 verkündete dann Sabine Lautenschläger, Mitglied im EZB-Direktorium, ihren Rücktritt. Sie hatte sich ebenfalls gegen die lockere EZB-Geldpolitik gestellt.

Spaltung statt Einigung

Sie alle sahen ganz offensichtlich, dass sie keine Möglichkeit mehr hatten, die EZB auf „Stabilitätskurs“ zu halten, zu verhindern, dass die EZB-Geldpolitik außer Rand und Band gerät. Es ist nicht mehr zu übersehen: Nicht nur wird die Euro-Kaufkraft durch höhere Güterpreis-inflation herabgesetzt, sondern die Einheitswährung dient vor allem auch dem politischen Zweck, den wirtschaftlichen Reichtum der relativ gesünderen Volkswirtschaften an die misswirtschaftenden Volkswirtschaften umzuverteilen. Diese ernüchternde Einsicht dürfte nun auch Jens Weidmann ereilt und ihn zu seinem Rücktritt bewogen zu haben. Zumindest scheint das eine plausible Erklärung für seinen Rücktritt zu sein. Für die Öffentlichkeit ist nun von ganz entscheidender Bedeutung, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Im Grunde sind sie offenkundig, jedoch politisch heikel und unerfreulich, erschüttern vermutlich die Gemütsruhe mancher gutgläubiger Bürger und Unternehmen.

Der Euro ist nicht das, was viele meinen: Eine Einheitswährung, die für Frieden und Wohlstand in Europa sorgt. Der Euro ist vielmehr ein geradezu größenwahnsinniges und letztlich auch undurchführbares Projekt: Die ungedeckte Einheitswährung sorgt durch ihre Krisenanfälligkeit nicht etwa für mehr, sondern vielmehr für weniger Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum; sie eint nicht die Euro-Staaten, sie schürt vielmehr Zwist und Konflikt zwischen ihnen; sie befördert nicht das freie Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, sie schwächt es, zerstört es. Diese Einsichten sind nicht etwa willkürlich herbeigeredet, sie lassen sich vielmehr mit soliden öko-

nomischen Theorien begründen. Doch leider werden sie überhört und ausgeblendet, und das ist vermutlich auch der Grund dafür, warum viele Menschen hierzulande fälschlicherweise immer noch meinen, sie würden vom Euro profitieren. Doch das ist eine Illusion.

Der Euro verkommt zu einer inflationären Währung, vor diesem Schicksal ist er nicht mehr zu retten. Und egal wer der nachfolgende Bundesbankpräsident im EZB-Rat auch sein wird: Es wird nicht besser mit dem Euro, es wird eher schlimmer werden. Nicht nur höhere Güterpreis-inflation wird es geben. Die kollektivistisch-sozialistischen Kräfte in der Politik, die die EZB im Zuge einer „grünen Geldpolitik“ für ihre Zwecke einspannen, setzen alles daran, die verbliebenen Reste der freien Wirtschaft und Gesellschaft auch noch abzuschaffen. Das deutsche Wirtschaftsmodell, das auf selbstständigem Handwerk, kleineren und mittleren Betrieben und auch einer leistungsfähigen Industrieproduktion gründet, hat unter dem Euro-Diktat der EZB keine Zukunft. Für die Deutschen ist es allerhöchste Zeit, dem ruinösen Euro den Rücken zu kehren. Vielleicht findet Weidmann ja noch die Gelegenheit, der Öffentlichkeit genau das mitzuteilen.

Ausstiegsmöglichkeiten

Wie aber kann eine Abkehr vom Euro aussehen? Dazu gibt es mehrere Möglichkeiten. Beispielsweise kann die Regierung den in der Bundesrepublik ansässigen Bürgern und Unternehmern auf freiwilliger Basis anbieten, ihre Euro-Bankguthaben und Rentenpapiere in eine von der Deutschen Bundesbank ausgegebene neue Währung („Neue Mark“) zu einem festen Wechselkurs umzutauschen. Auf diese Weise können diejenigen, die es wünschen, aus dem Euro-Raum effektiv austreten. Die „Neue Mark“ – möglicherweise mit einer Goldanbindung versehen – wäre konvertibel in den Euro und in alle anderen Währungen, zu denen sich ein Wechselkurs am Devisenmarkt frei bildet. Eine andere, wirklich konsequente Möglichkeit, das Geldproblem zu lösen, besteht darin, einen „freien Markt für Geld“ zuzulassen. Dazu sind alle rechtlichen Hürden, die einer freien Währungswahl entgegenstehen – wie Zahlkraftgesetze sowie Mehrwert- und Kapitalertragssteuern auf „Geldkandidaten wie Gold, Silber und Kryptoeinheiten – abzuschaffen.

Bürger und Unternehmer haben dann die freie Wahl, für ihre Transaktionen Euro, US-Dollar oder digitalisiertes Gold- oder Silbergeld, eine Kryptoeinheit oder was auch immer zu verwenden. Damit wäre ein Ende des staatlichen Geldmonopols verbunden, und genau das wäre auch ein großer Gewinn für die Menschen. Die wiederkehrenden und immer schlimmer werdenden Finanz-

und Wirtschaftskrisen, für die das staatliche ungedeckte Geld unweigerlich sorgt, hätten ein Ende – und das hebt den Wohlstand der Menschen. Es gibt ohnehin keine ökonomisch und ethisch überzeugende Begründung, warum der Staat das Geld monopolisieren sollte. Ganz im Gegenteil. Die Währungsgeschichte quillt über mit Beispielen, wie der Staat das Geld ruiniert – und genau das zeichnet sich jetzt wieder leidvoll im Euro-Raum, aber auch anderswo auf der Welt ab.

Spätestens mit dem Rücktritt von Jens Weidmann sollte wirklich allen, die bei klarem Verstand sind, deutlich geworden sein, dass die EZB das Bundesbankmodell, das auf relativ wertstabiles Geld abzielte, vollends abgestreift hat – und dass es einer Realitätsverweigerung gleichkommt, zu glauben, die verloren gegangene Stabilitätskultur ließe sich wiedergewinnen. Es ist vielmehr Zeit für eine Zäsur im Geldwesen. Und es ist besser, diese kommt früher als später, denn die Kosten des Verbleibs im Euro werden für die deutschen Bürger und Unternehmer unbarmherzig immer weiter ansteigen, bis sie ruinös werden.

Zurück zu einem besseren Geld

Eine Zäsur, wie sie obenstehend angedacht wurde, wäre auch ein Schritt, durch den andere Euro-Länder der Kaufkraftzerstörung und wirtschaftlichen Entkernung entkommen könnten. Vielleicht ebnet der Weidmann-Rücktritt ja doch den Weg zu einem „Happy End“ – zu einem besseren Geld.

Dieser Beitrag wurde am 28. Oktober 2021 in der Preußischen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht.

EDELMETALLPREISE

In US-Dollar pro Feinunze

	Gold		Silber		Platin		Palladium	
I. Aktuell	1774.3		23.6		1044.1		2045.1	
II. Gleitende Durchschnitte								
10 Tage	1789.5		24.0		1038.1		2008.3	
20 Tage	1781.1		23.6		1032.4		2032.5	
50 Tage	1780.7		23.4		998.4		2088.8	
100 Tage	1785.5		24.3		1028.0		2369.6	
200 Tage	1791.2		25.5		1111.4		2502.3	
III. Schätzung 2021	2448		47		1272		2710	
⁽¹⁾	38		100		22		33	
<i>Bandbreiten</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>
	1750	2684	23	55	950	1472	2280	2910
⁽¹⁾	-1	51	-2	134	-9	41	11	42
V. Jahresdurchschnitte								
2018	1268		15.8		880		1019	
2019	1382		16.1		862		1511	
2020	1753		20.2		878		2180	

In Euro pro Feinunze

	Gold		Silber		Platin		Palladium	
I. Aktuell	1535.9		20.4		903.9		1770.3	
II. Gleitende Durchschnitte								
10 Tage	1541.3		20.7		894.2		1729.8	
20 Tage	1535.3		20.3		889.9		1752.0	
50 Tage	1523.4		20.0		854.2		1786.2	
100 Tage	1519.0		20.7		874.4		2014.1	
200 Tage	1505.5		21.4		933.4		2101.0	
III. Schätzung 2021	2044		39		1062		2263	
⁽¹⁾	33		93		17		28	
<i>Bandbreiten</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>
	1470	2260	19	47	800	1240	1920	2450
⁽¹⁾	-4	47	-7	128	-11	37	8	38
IV. Jahresdurchschnitte								
2018	1072		13.3		743		863	
2019	1235		14.4		770		1350	
2020	1535		17.6		769		1911	

Quelle: Thomson Financial; Berechnungen und Einschätzungen Degussa. Beachte: Die Zahlen sind gerundet.

⁽¹⁾ Geschätzte Preisveränderung bei aktuellem Preis in Prozent.

PREISENTWICKLUNGEN DER ANLAGEKLASSEN

Bitcoin in US-Dollar

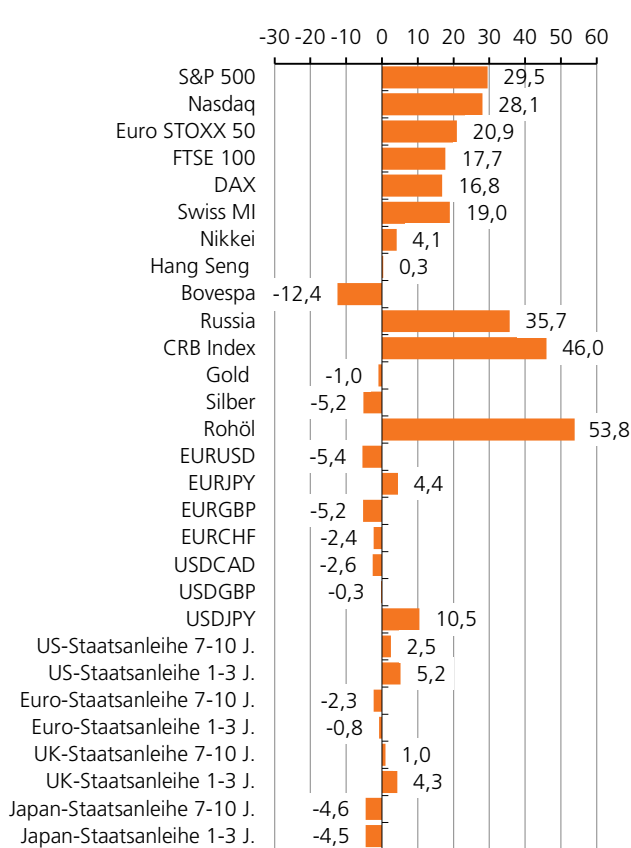
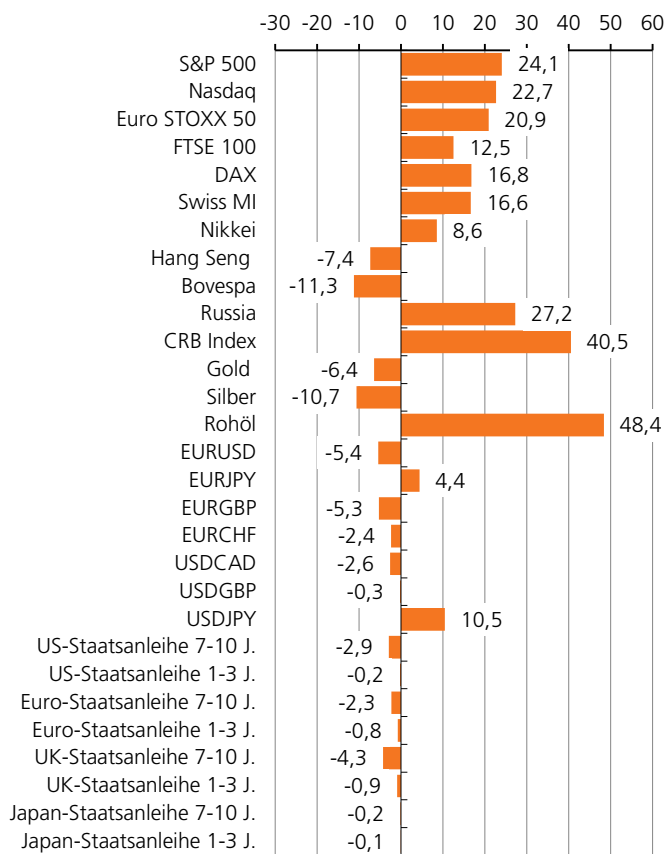


Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Wertentwicklung verschiedener Anlageklassen seit Jahresanfang in Prozent

(a) In nationaler Wahrung

(b) In Euro



Quelle: Refinitiv, Berechnungen Degussa.

Ausgabe	Inhalt	Zum Herunterladen
4. November 2021	Zins, Inflation, Gold und der „Great Reset“ Die US-Zentralbank beginnt das „Tapering“ - und kauft sich damit Zeit Es ist Zeit für den Ausstieg	Pdf
21. Oktober 2021	Der Aufstieg des Neo-Sozialismus „Das Inflationsproblem ist größer, als viele glauben“	Pdf
7. Oktober 2021	Das Inflationsbiest	Pdf
23. September 2021	Evergrande: Ist das Chinas ‚Lehman Moment‘? Preiskorrektur bei Platin, Palladium und Rhodium Wie Preiskontrollen den Weg in den Sozialismus ebnen (Ludwig von Mises)	Pdf
9. September 2021	Gold in Zeiten der Entwertung von US-Dollar, Euro & Co Was man als junger Mensch auf der Such nach Freiheit in der heutigen Zeit wissen? Die Chinarisierung des Westens	Pdf
26. August 2021	Die Abhängigkeit von der Inflationsdroge wird immer größer Das Ende von Bretton Woods vor 50 Jahren als Mahnung Globales Helikoptergeld: IWF schafft 650 Mrd. USD neue „SDR“	Pdf
12. August 2021	Der dunkle Schatten des Papiergoldmarktes 500 Jahre Geld ohne Gold Neuer Angriff auf das Bargeld	Pdf
29. Juli 2021	Der Kampf um die Währungshoheit	Pdf
15. Juli 2021	Die EZB-Räte wollen den Euro noch stärker inflationieren Rohstoff- und Edelmetallmärkte Die Goldwährung	Pdf
1. Juli 2021	Wer zwischen Schein und Sein unterscheidet, der will Gold halten Die Interventionismus-Falle. Und wie wir ihr entkommen können Der narkotisierte Fluchinstinkt	Pdf
17. Juni 2021	Der Inflationsboom. Verführerisch, betrügerisch, zerstörerisch Gold-ETFs/ETCs verzeichneten wieder Zuflüsse im Mai 2021 Warum Inflation eine Gefahr für die Freiheit ist	Pdf
2. Juni 2021	Was Sie immer schon über Inflation wissen wollten ... „Ohne Bargeld wird die letzte Zurückhaltung des Staates fallen“ (Interview) Über Finanzfehler der Politik im Lockdown (Gesprächsbericht)	Pdf
20. Mai 2020	Bankenregulierung fährt „Bullion Banks“ in die Parade Zinskontrolle birgt inflationären Sprengstoff Das Geld und der neue Sozialismus	Pdf
6. Mai 2021	Gold. Physisch. Da weiß man, was man hat Erst Geldmengenausweitung, dann Preisinflation Kartelle, Monopole und BigTech – der andere Blickwinkel	Pdf
22. April 2021	Bitcoin, Gold und das Geheimnis des Geldes Die Neuaufgabe der marxistischen Verelendungstheorie ...	Pdf
8. April 2021	Das Gold ist das Grundgeld Menschheit. Ein Aufsatz gegen Fehldeutungen Die Macht der kontrollierten Inflation	Pdf
25. März 2021	Was Sie über den „Cantillon-Effekt“ wissen sollten Digitaler Krypto-Hype Umsturz mit Fiat-Geld	Pdf
11. März 2021	Inflation – verkannt, verharmlost Das staatliche Geldmonopol und der „Great Rest“	Pdf
25. Februar 2021	Wie uns das Fiat-Geldsystem in den Sozialismus treibt Zum Verbund zwischen Futures-Markt und physischem Markt Der Griff ans Eigentum	Pdf
11. Februar 2021	Die Zentralbanken machen die Finanzmärkte zu einem inflationären Spielkasino Die Gefahren des digitalen Euro-Zentralbankgeldes Die 1-Euro- und 2-Euro-Münzen sollen weg	Pdf
28. Januar 2021	Was zählt, ist die Liquidität des physischen Goldes Absolute Eigentumsrechte als ökologischer Imperativ	Pdf
14. Januar 2021	Die Weltwirtschaft versinkt in einem Meer von Schulden Ein Modell für ein friedvolles und produktives Zusammenleben: Kapitalismus	Pdf
17. Dezember 2020	Ein Gespenst geht um: Das Gespenst des Sozialismus Die Zentralbanken geben dem Goldpreis Auftrieb Ökonomische Gesetze und die Logik des menschlichen Handelns	Pdf
3. Dezember 2020	Was Sie über den Goldpreistrend wissen sollten Der Antikapitalist. Ein Weltverbesserer, der keiner ist Geldpolitik für die „Große Transformation“	Pdf
19. November 2020	Es geht um mehr als Corona. Weiter auf Gold und Silber setzen Mit dem politischen Globalismus kommt die Postdemokratie Die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems wird den Goldpreis weiter ansteigen lassen	Pdf
5. November 2020	Die Regierungen versetzten Europa in den Notstand – und legen die Demokratie lahm Die Goldnachfrage in Q3 2020 Was irrtümliche Ideen anrichten Das Damoklesschwert über dem Euro	Pdf

<http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Alle bisherigen Ausgaben des Degussa Marktreports stehen dort auch zum Download zur Verfügung.

Disclaimer

Für die Erstellung dieser Ausarbeitung ist Degussa Goldhandel GmbH, Frankfurt am Main, verantwortlich. Die Verfasser dieses Dokuments bestätigen, dass die in diesem Dokument geäußerten Einschätzungen ihre eigenen Einschätzungen genau wiedergeben und kein Zusammenhang zwischen ihrer Dotierung – weder direkt noch indirekt noch teilweise – und den jeweiligen, in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen oder Einschätzungen bestand, besteht oder bestehen wird. Der (bzw. die) in dieser Ausarbeitung genannte(n) Analyst(en) sind nicht bei der FINRA als Research-Analysten registriert/qualifiziert und unterliegen nicht der NASD Rule 2711.

Dieses Dokument dient ausschließlich Informationszwecken und berücksichtigt nicht die besonderen Umstände des Empfängers. Es stellt keine Anlageberatung dar. Die Inhalte dieses Dokuments sind nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von in diesem Dokument genannten Edelmetallen und Wertpapieren beabsichtigt und dienen nicht als Grundlage oder Teil eines Vertrages.

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stammen aus Quellen, die von der Degussa Goldhandel GmbH als zuverlässig und korrekt erachtet werden. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Garantie oder Gewährleistung im Hinblick auf Richtigkeit, Genauigkeit, Vollständigkeit oder Eignung für einen bestimmten Zweck.

Alle Meinungsäußerungen oder Einschätzungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers bzw. der Verfasser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich ohne vorherige Ankündigung ändern. Die hierin zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Degussa Goldhandel GmbH wider. Die Degussa Goldhandel GmbH ist nicht dazu verpflichtet, dieses Dokument zu aktualisieren, abzuändern oder zu ergänzen oder deren Empfänger auf andere Weise zu informieren, wenn sich ein in diesem Dokument genannter Umstand oder eine darin enthaltene Stellungnahme, Schätzung oder Prognose ändert oder unzutreffend wird.

Die in der Vergangenheit gezeigte Kursentwicklung von Finanzinstrumenten erlaubt keine verlässliche Aussage über deren zukünftigen Verlauf. Eine Gewähr für den positiven Anlageertrag einer in diesem Dokument beschriebenen Einschätzung kann daher nicht übernommen werden. Es besteht die Möglichkeit, dass in diesem Dokument genannte Prognosen aufgrund verschiedener Risikofaktoren nicht erreicht werden. Hierzu zählen in unbegrenztem Maße Marktvolatilität, Branchenvolatilität, Unternehmensentscheidungen, Nichtverfügbarkeit vollständiger und akkurater Informationen und/oder die Tatsache, dass sich die von der Degussa Goldhandel GmbH oder anderen Quellen getroffenen und diesem Dokument zugrunde liegenden Annahmen als nicht zutreffend erweisen.

Weder die Degussa Goldhandel GmbH noch ihre Geschäftsleitungsorgane, leitenden Angestellten oder Mitarbeiter übernehmen die Haftung für Schäden, die ggf. aus der Verwendung dieses Dokuments, seines Inhalts oder in sonstiger Weise entstehen.


Die Aufnahme von Hyperlinks zu den Websites von Organisationen, soweit sie in diesem Dokument aufgenommen werden, impliziert keineswegs eine Zustimmung, Empfehlung oder Billigung der Informationen der Websites bzw. der von dort aus zugänglichen Informationen durch die Degussa Goldhandel GmbH. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt dieser Websites oder von dort aus zugänglichen Informationen oder für eventuelle Folgen aus der Verwendung dieser Inhalte oder Informationen.

Dieses Dokument ist nur zur Verwendung durch den Empfänger bestimmt. Es darf weder in Auszügen noch als Ganzes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Degussa Goldhandel GmbH auf irgendeine Weise verändert, vervielfältigt, verbreitet, veröffentlicht oder an andere Personen weitergegeben werden. Die Art und Weise, wie dieses Produkt vertrieben wird, kann in bestimmten Ländern, einschließlich der USA, weiteren gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Personen, in deren Besitz dieses Dokument gelangt, sind verpflichtet, sich diesbezüglich zu informieren und solche Einschränkungen zu beachten. Mit Annahme dieses Dokuments stimmt der Empfänger der Verbindlichkeit der vorstehenden Bestimmungen zu.

Impressum

Der Marktreport erscheint 14-tägig donnerstags und ist eine kostenlose Serviceleistung der Degussa  Goldhandel GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. November 2021

Herausgeber: Degussa  Goldhandel GmbH, Kettenhofweg 29, 60325 Frankfurt, Tel.: (069) 860068-0, Fax: (069) 860068-222

E-Mail: info@degussa-goldhandel.de, Internet: www.degussa-goldhandel.de

Redaktion: Dr. Thorsten Polleit

Degussa Marktreport ist im Internet abrufbar unter: <http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Degussa 
GOLD UND SILBER.

Zentrale Frankfurt

Kettenhofweg 29 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · info@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen:

Augsburg (Ladengeschäft): Maximiliansstraße 53 · 86150 Augsburg
Telefon: 0821-508667-0 · augsburg@degussa-goldhandel.de

Berlin (Ladengeschäft): Fasanenstraße 70 · 10719 Berlin
Telefon: 030-8872838-0 · berlin@degussa-goldhandel.de

Düsseldorf (Ankaufszentrum): In der KÖ Galerie
Königsallee 60 / Eingang Steinstraße · 40212 Düsseldorf
Telefon: 0211-1306858-0 · duesseldorf@degussa-goldhandel.de

Frankfurt (Ladengeschäft): Kettenhofweg 25 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · frankfurt@degussa-goldhandel.de

Hamburg (Ladengeschäft): Ballindamm 5 · 20095 Hamburg
Telefon: 040-3290872-0 · hamburg@degussa-goldhandel.de

Köln (Ladengeschäft): Gereonstraße 18–32 · 50670 Köln
Telefon: 0211-120620-0 · koeln@degussa-goldhandel.de

Hannover (Ladengeschäft): Theaterstraße 7 · 30159 Hannover
Telefon: 0511-897338-0 · hannover@degussa-goldhandel.de

München (Ladengeschäft): Promenadeplatz 12 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-18 · muenchen@degussa-goldhandel.de

München (Ankaufszentrum): Promenadeplatz 10 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-10 · muenchen-altgold@degussa-goldhandel.de

Nürnberg (Ladengeschäft): Prinzregentenufer 7 · 90489 Nürnberg
Telefon: 0911-669488-0 · nuernberg@degussa-goldhandel.de

Pforzheim (Scheideanstalt): Freiburger Straße 12 · 75179 Pforzheim
Telefon: 07231-58795-0 · pforzheim@degussa-goldhandel.de


Stuttgart (Ladengeschäft): Kronprinzstraße 6 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-305893-6 · stuttgart@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen weltweit:

Zürich (Ladengeschäft): Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 0041-44-40341-10 · zuerich@degussa-goldhandel.ch

Genf (Ladengeschäft): Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genève
Telefon: 0041-229081400 · geneve@degussa-goldhandel.ch

Madrid (Ladengeschäft): Calle de Velázquez 2 · 28001 Madrid
Telefon: 0034-911-982-900 · info@degussa-mp.es

London Sharps Pixley Ltd (Mitglied der Degussa  Gruppe)
Telefon: 0044-2078710531 · info@sharpspixley.com